



**Herzlich Willkommen** zum aktuellen Newsletter des Landtagsabgeordneten Joachim Köbler. Auch heute informieren wir Sie über Termine, die Arbeit im Wahlkreis und über landespolitische Themen.

Sehr gerne dürfen Sie diesen Newsletter auch an Ihre Freunde weiterleiten. Leserinnen und Leser, die an einem regelmäßigen Bezug des Newsletters interessiert bzw. nicht interessiert sind, können sich über die Adresse [wahlkreis@joachim-koessler.de](mailto:wahlkreis@joachim-koessler.de) an- bzw. abmelden.

### **Einladung zum Bürgertag der CDU-Fraktion im Landtag**



Der CDU-Landtagsabgeordnete Joachim Köbler lädt Sie am 7. Juli 2006 mit Ihren Familien und Freunden herzlich zum diesjährigen Bürgertag in den Landtag von Baden-Württemberg ein. Es ist ihm ein großes Anliegen und eine besondere Freude, Ihnen an diesem Tag die Funktionsweise des Landesparlamentes und die Arbeit der CDU-Landtagsfraktion näher zu bringen. Im Rahmen von Führungen durch den Landtag und das Haus der Abgeordneten erhalten Sie persönliche Eindrücke von der täglichen Arbeit im Parlament.

Die direkte politische Information der Bürgerinnen und Bürger ist der CDU besonders wichtig. Deshalb stehen Ihnen am Bürgertag Abgeordnete der CDU-Landtagsfraktion ebenso wie Mitglieder der Landesregierung für persönliche Gespräche zur Verfügung. In verschiedenen Diskussionsrunden werden sich unser Ministerpräsident Günther H. Oettinger MdL, die Landesregierung und die CDU-Landtagsfraktion mit aktuellen Fragen der Landespolitik auseinandersetzen. Darüber hinaus erwarten Sie ein abwechslungsreiches



Musik- und Unterhaltungsprogramm, kulinarische Spezialitäten aus dem Land sowie ein buntes Programm für Kinder und Jugendliche.

*Bitte melden Sie sich im Wahlkreisbüro an.*

### **Samstag, 07. Juli 2007**

- 10.00 – 11.00: Uhr Zünftiges Weißwurstfrühstück mit den „Wilden Kerle“ Eingangshalle, EG
- 11.00 Uhr: Offizielle Eröffnung des Bürgertages durch den Fanfarenzug Kraichtal vor dem Landtag anschließend: Begrüßung der Gäste im Plenarsaal, 1. OG durch Peter Straub MdL, Präsident des Landtages von Baden-Württemberg Stefan Mappus MdL, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
- 11.30 – 16.00 Uhr: Politische Diskussionsrunden mit Mitgliedern der CDU-Landtagsfraktion und Vertretern der Landesregierung im Plenarsaal, 1. OG
- 14.00 – 14.30 Uhr: Besonderer Höhepunkt: Diskussionsrunde zum Thema „Denken und Entscheiden über den Tag hinaus – Nachhaltige Politik für Baden-Württemberg“ mit Günther H. Oettinger MdL, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg und Stefan Mappus MdL, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg



Dieses Rahmenprogramm erwartet Sie am Bürgertag 2007:

- 11.00 – 16.00 Uhr: Unsere Abgeordneten laden Sie ein zum Gespräch am CDU-Infostand vor dem Eingang zum Plenarsaal im 1. OG. Musik- und Unterhaltungsprogramm und Bewirtung mit leckeren Spezialitäten aus dem



Land, Kaffee und Kuchen im Erdgeschoss des Landtages, Kleinkindbetreuung sowie buntes Programm für Kinder und Jugendliche mit dem Theater Dimbeldu: Puppentheater, Zaubershow, Trommel-Kurs, Kinderschminken, Luftballons modellieren und vieles mehr im 1. OG und im Außenbereich

- 14.30 – 15.00: Uhr Kinder und Jugendliche fragen Politiker Plenarsaal, 1. OG Führungen durch das Haus der Abgeordneten geben sowohl Einblicke in die Büros und die Sitzungsräume der Abgeordneten als auch Informationen über die Arbeit der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg. Treffpunkt: Pforte des Landtages im EG
- 15.00 Uhr: Autogrammstunde mit dem Ministerpräsidenten Günther H. Oettinger MdL und dem Fraktionsvorsitzenden Stefan Mappus MdL, am CDU-Infostand, 1. OG



Kommen zum Bürgertag:  
Ministerpräsident Günther H. Oettinger  
und MdL Joachim Köbler

### **Joachim Köbler und Schulleiter im Gespräch mit Staatssekretär Georg Wacker – Chancen und Perspektiven für Hauptschulen**

Mit dem Thema „Hauptschule“ setzten sich die Landtagsabgeordneten der Wahlkreise Bretten, Bruchsal und Ettlingen, Joachim Köbler, Heribert Rech und Werner Raab, auseinander. In Zusammenarbeit mit dem "Arbeitskreis Bildung" der CDU hatten die drei Mandatsträger vorwiegend Rektoren, aber auch Bürgermeister der Region zu einem Fachgespräch eingeladen. Dabei sollte es vor allem um die Chancen und Zukunftsperspektiven für die Hauptschulen und ihre Schüler gehen. Wo drückt der Schuh? Wie kann man das Image der Hauptschulen verbessern? Wo lässt sich die Zusammenarbeit zwischen Politik und Schule verbessern, so lauteten ein paar der zentralen Fragen.

Einig zeigten sich die Gesprächspartner darin, dass es wichtig ist, die Schüler individuell zu fördern, um ihnen das notwendige Rüstzeug für ihren beruflichen



Werdegang mitzugeben. Ein verstärktes Augenmerk soll dabei auf die Kernkompetenzfächer wie Deutsch, Mathematik und Englisch gelegt werden. Nach Auffassung der Schulleiter ist eine enge Zusammenarbeit mit den Unternehmen im Umkreis notwendig, um die Jugendlichen frühzeitig auf den Beruf vorzubereiten und die Leistungsbereitschaft durch gute berufliche Aussichten zu stärken. Dazu erhoffen sich die Rektoren eine bessere Zusammenarbeit mit den Beruflichen Schulen, die weiterreichende Kontakte zu den Betrieben haben.

Beide Seiten zeigten sich davon überzeugt, dass sich dann das Image der Hauptschulen deutlich bessere, wenn möglichst viele Schulabgänger eine Ausbildungsstelle finden. Die Eltern würden in diesem Fall auch eher bereit sein, mit ihren Kindern diesen schulischen Weg einzuschlagen und die Hauptschule als weiterführende Schule akzeptieren und darüber hinaus als sinnvolle Alternative zu den Realschulen anzuerkennen. Um den Anforderungen besser gerecht zu werden, baten die Rektoren dringend, mehr in Hauptschulen zu investieren.



Zum Gespräch eingeladen war auch der Staatssekretär im Kultusministerium, Georg Wacker. In seinen Ausführungen unterstrich er die Vorteile des dreigliedrigen Schulsystems und dessen Durchlässigkeit, insbesondere hob er die Bedeutung der Hauptschulen hervor. In Baden-Württemberg gebe es 1.100 Hauptschulen und jeweils knapp 500 Realschulen und

Gymnasien, informierte Wacker. Das Bestreben der Landesregierung sei und bleibe es, für jedes Kind ortsnahe Bildungsangebote bereit zu stellen. Um die Arbeit der Hauptschulen mehr zu fördern, stellte Wacker eine weitere finanzielle Unterstützung in Aussicht.

"Weiter im Gespräch bleiben", so hieß auch ein Ergebnis der Runde. Die Rektoren wurden gebeten, bei Bedarf Verbesserungsvorschläge und Anregungen schriftlich mitzuteilen, damit diese direkt in die Fraktion eingebracht werden können.



### **Köbler: Trinken zu Pauschalpreisen endet oft im Krankenhaus**

„Im Jahr 2005 kamen in Baden-Württemberg über 3.000 Jugendliche und junge Erwachsene unter 20 Jahren nach übermäßigem Alkoholkonsum ins Krankenhaus. Bedingt durch übermäßigen Alkoholkonsum kommt es immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen“, stellte Joachim Köbler MdL fest. Diese besorgniserregende Entwicklung will die CDU-Fraktion nicht hinnehmen. „Mit dem im gemeinsamen Antrag von CDU und FDP geforderten Maßnahmen-Paket und einer wirkungsvollen Präventionsarbeit wollen wir diesem Problem entschieden begegnen“, erklärte Köbler.



Die CDU-Arbeitsgruppe hat eine Anhörung mit Vertretern der Polizei und der Suchthilfe durchgeführt, um Vorschläge aus der Praxis für eine Eindämmung dieser Entwicklung zu erhalten. „Ein wichtiger Baustein, um den Alkoholmissbrauch von Jugendlichen einzuschränken, ist sicher die Präventionsarbeit. Die Polizeidirektionen in Baden-Württemberg und die Einrichtungen der Suchthilfe haben hier hervorragende Ansätze entwickelt und sie sind sehr aktiv“, berichtete Joachim Köbler. Dennoch

habe die Anhörung Bedarf an gesetzlichen Änderungen aufgezeigt, der in Form eines gemeinsamen Antrags von den Regierungsfractionen aufgegriffen worden sei.

„Im Bereich des Jugendschutzgesetzes fehlt bisher die Möglichkeit im Falle von Verstößen auch gegen die Jugendlichen selbst jugendgemäße, aber dennoch spürbare Sanktionen zu verhängen. Fehlverhalten bleibt also ohne Folgen“, führte der Abgeordnete Köbler aus. Außerdem wolle man die Missbrauchsmöglich-



keit, dass sich 16- und 17-Jährige durch gefälschte Erziehungsbeauftragungen den Gaststättenbesuch über die Sperrzeiten von 24 Uhr bis 5 Uhr hinaus „erschleichen“, in der jetzigen Form abschaffen. „Zu beiden Punkten fordern wir eine Bundesratsinitiative der Landesregierung zur Anpassung des Jugendschutzgesetzes“, so Köbler weiter.

MdL Joachim Köbler fordert darüber hinaus bei Verstößen gegen das Jugendschutzgesetz deutlich höhere Mindestbußgelder sowie Gewinn abschöpfende Bußgelder. Wer durch missbräuchlichen Alkoholkonsum von Jugendlichen Geld verdiene, solle mit empfindlichen Sanktionen rechnen müssen. Nur so sei eine ausreichende Abschreckung zu erreichen. „Auch die sogenannten Flatrate-Partys leisten dem Alkoholmissbrauch Vorschub“, führt Köbler aus. „Nach unserer Auffassung“, so Joachim Köbler, „ist es deshalb an der Zeit, die Flatrate-Partys gaststättenrechtlich zu verbieten.“ Es gebe auch keinen vernünftigen Grund, Branntweine unter dem Etikett des Reisebedarfs an Tankstellen zu verkaufen. Ziel sei es, ein Verkaufsverbot von brandweinhaltigen Getränken zu erreichen. „Ich bitte die Landesregierung jedoch zu prüfen, ob es aus Jugendschutzgründen sinnvoll ist, den Verkauf von Alkohol an Tankstellen ganz zu verbieten“, sagte Köbler.

### **Stellungnahme zum begleiteten Fahren mit 17**

Zu der gegenwärtig wieder aufflammenden Diskussion über das "Begleitete Fahren mit 17" äußerte sich der Landtagsabgeordnete Joachim Köbler:



"Wir haben uns intensiv mit dem Thema ‚Begleitetes Fahren mit 17‘ beschäftigt. Es geht um Menschenleben und die alles entscheidende Frage, bringt das begleitete Fahren ein Mehr an Sicherheit." Dazu sei verabredet, dass das Innenministerium in der zweiten Hälfte des Jahres eine externe Evaluation der Ergebnisse des Modellversuchs in anderen Ländern vornimmt, um danach entscheiden zu können, ob auch in Baden-Württemberg das

„Begleitete Fahren mit 17“ eingeführt werden soll oder nicht. Köbler: "Wenn die Ergebnisse positiv sind, brauchen wir keinen Modellversuch mehr, dann sollten wir es generell zulassen. Eine Entscheidung ist aus meiner Sicht noch in diesem Jahr möglich."

Für Joachim Köbler ist das alles entscheidende Argument, ob jemand, der an dem Modellversuch teilgenommen hat, sich nach Erreichen des 18. Lebensjahres sicherer im Straßenverkehr verhält oder nicht. Diese Frage sei bisher überhaupt noch nicht untersucht worden.